

Sind die britischen Sanktionen gegen Israel ein echter Fortschritt oder eher eine Illusion?

Die neuen Sanktionen Großbritanniens gegen israelische Siedlungen mögen bahnbrechend sein, doch sie sind auch voller Schlupflöcher. F-35-Teile sind ausgenommen, der Staat selbst bleibt unberührt, und die Durchsetzung wird erst in einigen Monaten beginnen. Ein echter Fortschritt, aber bei weitem nicht genug.

Mitchell Plitnick, mondoweiss.net, 12.09.26

Großbritannien gab diese Woche, zusammen mit Kanada und Frankreich, bekannt, man ergreife Maßnahmen gegen israelische Siedlungen in der Westbank. Diese Ankündigung ist bahnbrechend und unzureichend zugleich.

Israel hat schon längst aufgehört, so zu tun, als sei das Siedlungsprojekt kein fester Bestandteil staatlicher Aktivitäten. Die israelische Armee begleitet Siedler offen bei ihren Pogromen. Die Knesset legalisiert rückwirkend sogenannte „Außenposten“, die Siedler einfach auf palästinensischem Land errichtet haben. Tatsächlich beschlagnahmt das Militär regelmäßig palästinensisches Land, erklärt es zu „gesperrten Militärzonen“ oder Ähnlichem und beginnt dann dort mit dem Bau neuer Siedlungen.

Konkret kündigte Großbritannien an, Ausfuhrgenehmigungen für Waffen auszusetzen, die Israels illegale Besatzung wesentlich unterstützen; die Einfuhr von Waren aus israelischen Siedlungen zu verbieten und Sanktionen gegen private Unternehmen zu verhängen, die Dienstleistungen – einschließlich Finanzdienstleistungen – erbringen, die den Ausbau der Siedlungen ermöglichen.

Das sind zweifellos positive Schritte. Sie brechen mit der seit langem bestehenden westlichen Praxis, die Siedlungsaktivitäten zwar zu verurteilen, ohne jedoch Konsequenzen für den Fall festzulegen, dass Israel diese Aktivitäten fortsetzt.

Die Tatsache, dass die von Großbritannien angekündigten Sanktionen auch Unternehmen betreffen könnten, die Dienstleistungen erbringen, welche den Ausbau der Siedlungen unterstützen, ist ebenfalls ein bedeutender und bahnbrechender Schritt. Damit wird der Handlungsspielraum zur Verhinderung des Siedlungsausbaus auf Bereiche ausgeweitet, die wesentlich leichter zu beeinflussen sind als die israelischen Siedler selbst, insbesondere im Finanzbereich.

Als der britische Außenminister Ed Miliband diese Sanktionen vor dem Unterhaus erläuterte, bekräftigte er die Vorwürfe von Kriegsverbrechen gegen Israel und bezeichnete dessen Vorgehen in der Westbank sogar als „ethnische Säuberung“.

Das ist vielleicht die wichtigste Entwicklung in diesem Zusammenhang. Ein wichtiger Verbündeter Israels, von dem oft gesagt wird, er unterhalte eine eigene „besondere Beziehung“ zu den Vereinigten Staaten, unterstützt die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, der Israels Besetzung der Westbank und des Gazastreifens für rechtswidrig erklärt hat.

Das könnte den internationalen Diskurs über die Politik nicht nur in Bezug auf die Siedlungen, sondern auch auf die Besatzung insgesamt grundlegend verändern.

Zweifellos sind das positive Entwicklungen, die einen echten Fortschritt darstellen – insbesondere angesichts der Tatsache, dass dieser Sektor sich bisher so sehr an den Verbrechen Israels mitschuldig machte und so heuchlerisch die klaffende Lücke zwischen der britischen Rhetorik zu diesem Thema und den tatsächlichen Handlungen ignorierte.

Die Begeisterung, die diese Ankündigung in einigen Kreisen ausgelöst hat, ist jedoch übertrieben. Es gilt, einen Gang zurückzuschalten und sich auf einen viel stärkeren Vorstoß vorzubereiten, der diesen vielversprechenden ersten Schritt nutzen, seine Mängel beheben und etwas Wirkungsvolles schaffen kann.

Was in der britischen Erklärung fehlt

Natürlich können wir nicht erwarten, dass Großbritannien innerhalb eines Tages von einer rückschrittlichen, Völkermord begünstigenden Politik umschwenkt auf eine Politik, die echte Gerechtigkeit und Hoffnung fördert. Da dies zu viel verlangt wäre, müssen wir uns klar vor Augen führen, was noch getan werden muss – nicht, um Miliband oder seinen neuen Chef, Premierminister Andy Burnham, zu tadeln, sondern um sie zu ermutigen und dazu anzuweisen, noch viel weiter zu gehen.

Die gezielte Ausrichtung auf die Siedlungen bedeutet, dass die Expansion für Israel mit höheren Kosten verbunden sein wird und dass die Siedlungsunternehmen selbst mit Einschränkungen ihrer Einnahmen konfrontiert wären.

Das ist großartig, aber es ist ja bereits Teil des Völkerrechts und angeblich auch die Politik Großbritanniens als auch der Europäischen Union. Das Problem sind nicht die Regeln, sondern ihre Durchsetzung.

Die Sanktionen gegen die Siedlungen werden erst in sechs bis neun Monaten in Kraft treten, und wir können davon ausgehen, dass Israel und seine britischen Unterstützer rechtliche und politische Schritte einleiten werden, um die Umsetzung so weit wie möglich hinauszuzögern.

In der Zwischenzeit könnten die durch diese Ankündigung ausgelöste Dynamik und die politische Dringlichkeit nachlassen. Sollte es politisch weniger opportun werden, die Sanktionen durchzusetzen, entspräche es voll und ganz der langjährigen britischen und europäischen Praxis, diese zu ignorieren. Dann stellt sich noch die Frage, inwieweit es sinnvoll ist, nur die Siedlungen und nicht den Staat mit Sanktionen zu belegen.

Bereits im Juni veröffentlichte das *Global Echo Litigation Center* einen aufschlussreichen Bericht, in dem detailliert dargelegt wurde, auf wie vielfältige Weise Produkte aus Siedlungen Vorschriften zur korrekten Kennzeichnung ihres Herkunftsorts umgehen, was die Überwachung ihres Verkaufs erschwert. Es handelt sich um ein System, das leicht manipuliert werden kann.

Wie ich damals berichtete: „Seit Jahren ist allgemein bekannt, dass Israel Produkte – vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse – aus seinen Siedlungen in der Westbank und auf den Golanhöhen unter der Aufschrift ‚Made in Israel‘ exportiert. Dies geschieht, obwohl Israel von der Europäischen Union und Großbritannien gesetzlich verpflichtet wurde, solche Produkte als aus Siedlungen stammend zu kennzeichnen.“

Angesichts der Fülle an weltweiten Ereignissen und der Geschwindigkeit des Nachrichtenzyklus heutzutage lässt sich leicht vorstellen, dass die Belastung durch die Überwachung falscher Kennzeichnungen und anderer irreführender Praktiken in neun Monaten oder später größer sein könnte, als Großbritannien zu bewältigen bereit wäre.

Es ist außerdem wichtig zu beachten, dass das Waffenembargo in gewisser Weise selektiv ist. Zu den wichtigsten Gütern, die Israel – wenn auch indirekt – aus Großbritannien importiert, gehören Komponenten des Kampfflugzeugs F-35, das häufig für Luftangriffe im Gazastreifen eingesetzt wird. Diese Komponenten wurden vom Waffenembargo ausgenommen.

Tatsächlich war Milibands Formulierung zum Thema Waffen im Allgemeinen sehr vage. „Wir werden nun auch alle Genehmigungsanträge für Waffen und andere Exporte ablehnen, die wesentlich zur Besatzung beitragen ...“

Genau wie die Einstellung der Finanzhilfen für die Siedlungen sind auch Waffenverkäufe austauschbar. Viele Waffen, die Israel bei Militäroperationen einsetzt und die nicht unter dieses Verbot fallen, werden auch in den Siedlungen verwendet. Solche Gesetze, die in Großbritannien, in der EU und in den Vereinigten Staaten bereits bestehen, haben Israel nicht daran gehindert, sich dank westlicher Großzügigkeit bis an die Zähne zu bewaffnen. Nichts in Milibands Äußerungen deutet darauf hin, dass dieser Farce eine grundlegende Änderung bevorsteht.

Die künstliche Trennung zwischen dem Staat Israel und den israelischen Siedlungen

Israel hat schon längst aufgehört, so zu tun, als sei das Siedlungsprojekt kein fester Bestandteil staatlicher Aktivitäten. Die israelische Armee begleitet Siedler offen bei ihren Pogromen. Die Knes-

set legalisiert rückwirkend sogenannte „Außenposten“, die Siedler einfach auf palästinensischem Land errichtet haben. Tatsächlich beschlagnahmt das Militär regelmäßig palästinensisches Land, erklärt es zu „gesperrten Militärzonen“ oder Ähnlichem und beginnt dann dort mit dem Bau neuer Siedlungen.

Dennoch besteht Miliband darauf, die Sanktionen auf die Siedlungen selbst zu beschränken. Er beabsichtigt, „besonders gewalttätige Siedler“ zu sanktionieren, nicht jedoch die israelischen Politiker – bis hin zum Ministerpräsidenten –, die deren Aktivitäten ermöglichen.

Seiner Rede vor dem Unterhaus ¹, in der er diesen „Neustart“ der britischen Politik gegenüber Israel erläuterte, ging eine langatmige Ausführung über seine Liebe zu Israel voraus. Noch besorgniserregender war jedoch seine ausdrückliche Weigerung, gegen den Staat vorzugehen, der schließlich bewusst genau jene Politik verfolgt, die zu diesen Sanktionen führt.

„Das Sanktionsregime richtet sich gegen illegale Siedlungen und den Ausbau der Siedlungen, nicht gegen Israel“, sagte Miliband. „Wir werden den wichtigen und wertvollen Handel mit Israel innerhalb der *Grünen Linie* weiterhin unterstützen, gerade weil wir die Zwei-Staaten-Lösung befürworten, einschließlich Sicherheit und Wohlstand für Israel. „Aus diesem Grund lehne ich die BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) voll und ganz ab.“

Diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt. Abgesehen von der Frage der Durchsetzung dieser neuen Vorschriften haben Sanktionen gegen die Siedlungen schlichtweg kaum Auswirkungen. Die Exporte aus den Siedlungen machen nur einen sehr geringen Teil des Handels zwischen Großbritannien und Israel aus.

Im Jahr 2025 belief sich der Handel zwischen den beiden Ländern laut Berichten der britischen Regierung auf insgesamt etwa 8,1 Milliarden US-Dollar. Zwar lässt sich aufgrund der oben beschriebenen Umgehungspraktiken nicht genau sagen, in welchem Umfang Handel mit den Siedlungen betrieben wurde, doch weisen die britischen Aufzeichnungen Importe aus Palästina in Höhe von nur etwa 8 Millionen US-Dollar aus, dazu gehören die Westbank, was immer aus dem Gazastreifen kommen mag, und die Siedlungen.

Zweifelloos ist der Handel aus den Siedlungen heraus verschwindend gering. Tatsache ist jedoch, dass die Siedlungen nicht von Israel isoliert sind. Viele in den Siedlungen tätige Firmen sind schlichtweg Teil größerer israelischer Unternehmen. Der Großteil der Finanzmittel für diese Unternehmen fließt nicht gezielt in ein „Siedlungsunternehmen“.

Die Siedler selbst machen sich darüber keine Sorgen. Sie wissen, dass sie alternative Abnehmer für ihre Waren finden können oder, falls dies nicht gelingt, andere Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die ununterbrochene Unterstützung durch den Staat gibt ihnen Sicherheit, und sie haben Recht, so zu denken.

Beschränkte Vision

Milibands Befürchtung, diese Maßnahme Großbritanniens könnte als Beitrag zur BDS-Bewegung angesehen werden, ist ebenfalls irrational. Ob ihm die Bewegung nun gefällt oder nicht – genau solche Sanktionen wollen die BDS-Aktivistinnen durchgesetzt sehen, auch wenn sie sich diese natürlich in größerem Umfang wünschen, gegen den Staat gerichtet und mit mehr Durchschlagskraft. Die Art und Weise, wie er diese Sanktionen darstellt, verdeutlicht einen weiteren möglichen Schwachpunkt bei ihrer Umsetzung.

Auslöser für die Sanktionen war nicht die Erkenntnis, dass die jahrelange Politik Großbritanniens in Palästina und Israel kläglich daran gescheitert war, Fortschritte bei der Beendigung der Besatzung oder der Stabilisierung der Region zu erzielen.

Nein, der Auslöser war, dass Israel – wie schon so oft – die Grenzen des Erlaubten auslotete. Die Regierung von Benjamin Netanjahu weiß sehr wohl, dass Bautätigkeiten im E-1-Korridor – die, sollten sie vollendet werden, die Westbank in zwei Teile spalten und die letzte verbleibende Illusion der Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung zunichte machen würden – für die Europäer eine rote Linie darstellen und dies auch für eine rationaler denkende US-Regierung gelten würde. Sie wissen auch, dass die eskalierende Gewalt der Siedler weltweit negative Reaktionen auslöst.

Netanjahu und seine Kumpane versuchen herauszufinden, womit sie durchkommen können. Mit Ausschreibungen für Bauvorhaben in E-1 droht Israel schon seit Jahrzehnten. Bislang mussten sie immer wieder einen Rückzieher machen. Doch in den letzten Jahren ist es ihnen gelungen, mit Aktionen davonzukommen, die sie zuvor für zu provokativ hielten, wie etwa die vollständige Zerstörung des Gazastreifens und den Völkermord an der dortigen Bevölkerung. Es ist ihnen sogar gelungen, die Vereinigten Staaten schließlich zu einem selbstmörderischen Krieg gegen den Iran zu überreden.

Warum also nicht einmal prüfen, ob man es endlich schafft, die Westbank in zwei Hälften zu teilen und so den palästinensischen Staatsbestrebungen ein für alle Mal ein Ende zu setzen? Diese Sanktionen sind die Reaktion Großbritanniens darauf. Selbst die Vereinigten Staaten, die bei jedem Anzeichen von Druck auf ihren Verbündeten Israel regelmäßig fast genauso laut protestieren wie Israel selbst, halten sich in dieser Angelegenheit relativ bedeckt.

Während der christlich-nationalistische Botschafter in Israel, Mike Huckabee, mit möglichen Konsequenzen drohte, schlug Außenminister Marco Rubio, der in dieser Hinsicht tatsächlich das Sagen hat, versöhnlichere Töne an: „Wir haben uns ihre Argumente dafür angehört“, sagte Rubio. „Aber sehen Sie, wir verfolgen das gemeinsame Ziel der Stabilität. Wir wollen in einer für die Region äußerst heiklen Phase keinen Anstieg der Gewalt oder eine Verschärfung der Konflikte bzw. Spannungen in der Westbank sehen. Aber darüber hinaus geben wir zum jetzigen Zeitpunkt keinen weiteren Kommentar ab.“ Weder er noch Donald Trump haben sich weiter dazu geäußert.

Dies deutet darauf hin, dass sie abwarten, ob Israel als Reaktion auf den britischen Druck von den Bauvorhaben in E-1 Abstand nimmt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, und sollte dies der Fall sein, ist die Wahrscheinlichkeit ebenso groß, dass Großbritannien dann von seinen Sanktionen Abstand nimmt. Aber nicht zwangsläufig. Indem Großbritannien auf die ethnische Säuberung in der Westbank hinwies und seine Unterstützung für das Urteil des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2024 bekundete – zusätzlich zur Anerkennung des Staates Palästina im vergangenen Jahr –, hat es echte Fortschritte erzielt.

Doch es ist kein unwiderruflicher Fortschritt und Milibands eigene Worte enthalten sowohl das Versprechen, dass sich hier tatsächlich etwas ändern kann, als auch die Möglichkeit, dass Großbritannien einen Rückzieher macht – insbesondere, wenn Israel zustimmt, für eine Weile keine weiteren Schritte in E-1 zu unternehmen und das Töten und Terrorisieren von Palästinensern auf seine Sicherheitskräfte zu beschränken, anstatt es den Siedlern zu überlassen.

Befürworter der palästinensischen Rechte – in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Europa – können alle einen großen Beitrag dazu leisten, die Regierung Burnham voranzubringen, statt sie aufzuhalten. Diese jüngste Ankündigung zeigt jedenfalls, dass – da Großbritannien von Kanada und Frankreich unterstützt wurde – weitere positive Schritte des Landes von anderen noch verstärkt werden.

Mitchell Plitnick ist Vorsitzender von „ReThinking Foreign Policy“. Er ist Mitautor des Buches „Except for Palestine: The Limits of Progressive Politics“ und gibt den Newsletter „Cutting Through“ auf Substack unter mitchellplitnick.substack.com/ heraus. Zu Mitchells früheren Positionen zählen die des Vizepräsidenten der „Foundation for Middle East Peace“, des Direktors des US-Büros von „B’Tselem“ und des Co-Direktors von „Jewish Voice for Peace“.

1. <https://www.gov.uk/government/speeches/foreign-secretary-oral-statement-on-israel-palestine>

Quelle: <https://mondoweiss.net/2026/09/are-the-uk-sanctions-on-israel-real-progress-or-more-illusion/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de